Die Sondergesetze der USA für kubanische Flüchtlinge laufen weder aus noch ändern sie sich. Das Weiße Haus spekulierte darauf, dass die Politik des „maximalen Drucks“ auf Kuba im Jahr 2022 Früchte tragen und die Proteste alles mit sich reißen würden. Die Kriegsmaschinerie in Florida wäre dadurch so zufrieden, dass die Demokraten bei den Zwischenwahlen vielleicht eine zweite Chance bekämen und Joseph Biden am Ende den geplatzten Traum von 13 Präsidenten erfüllen würde. Doch die Kalkulationen schlugen fehl. Das Chaos ist ausgebrochen, ja, aber an der Südgrenze der USA und in der Meerenge von Florida. Von **Rosa Miriam Elizalde**.

Anstatt auf die Straße zu gehen und einem kollektiven Todestrieb nachzugehen, verließen 250.000 gut ausgebildete und mit finanziellen Mitteln ausgestattete Kubaner friedlich die Insel, um ihre Träume an einem anderen Ort als einer gestraften Karibikinsel zu erfüllen.

„Das ist keine Weltraumwissenschaft: Wenn du ein Land 90 Meilen von deiner eigenen Grenze entfernt mit Sanktionen ruinierst, werden die Menschen auf der Suche nach wirtschaftlichen Möglichkeiten an deine Grenze kommen“, sagte Ben Rhodes, Barack Obamas stellvertretender nationaler Sicherheitsberater, gegenüber der New York Times zu dem Thema.

Was diese Welle bedeutet, ist schwierig zu erfassen, aber es ist bekannt, dass sie die Schlepper bereichert und die US-Migrationspolitik aufwirbelt. Die Mehrheit reist mit dem Flugzeug, die größte Gruppe nach Nicaragua, und dann auf dem Landweg durch Mittelamerika und Mexiko. Nach Angaben des Wall Street Journal haben allein die Flugkosten nach Nicaragua die kubanischen Migranten und ihre Familien schätzungsweise 800 Millionen Dollar gekostet, während die Zahlungen an die Menschenschmuggler, die sie auf der gefährlichen Reise zur Grenze führen, eine zusätzliche Milliarde Dollar einbringen. Die Kojoten, die ihre Diebstähle am helllichten Tag begehen, organisieren Entführungen und Vergewaltigungen wann immer sie wollen und kassieren völlig ungestraft ab.

Der Zuwachs an Migranten hat die Biden-Administration dazu veranlasst, das US-Konsulat in Havanna wieder zu öffnen – das seit 2017 wegen angeblicher „Schallangriffe“ auf US-Diplomaten geschlossen war – und die Migrationsabkommen zwischen den beiden Ländern, die Trump einseitig aufgekündigt hatte, wieder aufzunehmen.

Doch im Gegensatz zu seiner Politik gegenüber den mittelamerikanischen Ländern hat Washington keinen Finger gerührt, um zu verringern, was Migrationsfachleute als „Push-Pull-Faktoren“ bezeichnen, d. h. die zentrifugale Kraft der wirtschaftlichen Depression, die durch die Einkreisung durch eine ausländische Macht verursacht wird und den Migrantenstrom anregt; und die starke Anziehungskraft der Privilegien, die die Kubaner seit

mehr als einem halben Jahrhundert erhalten, die irregulär in die USA kommen. Für sie werden die Kontrollmaßnahmen gelockert, und sie können innerhalb von einem Jahr und einem Tag nach ihrer Ankunft in den USA eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung erhalten, während Mexikaner, Mittelamerikaner und andere Staatsangehörige an der Grenze systematisch bekämpft, einer beschleunigten Zurückweisung unterworfen werden und, wenn sie es schaffen, die Grenze zu passieren, unter dem Terror der drohenden Abschiebung leben.

Die Ungewissheit über die Zukunft und die Angst vor der Armut werden als psychologische Faktoren für die Abwanderung angeführt, aber Analysten sind sich einig, dass es noch einen weiteren großen Unterschied zwischen Kubanern und den übrigen Lateinamerikanern gibt, die bemüht sind, in die USA zu gelangen.

Sie sind gut gekleidet, besitzen hochwertige Telefone und sind zahlungsfähig, weil sie zuvor Geld angesammelt, ihre Besitztümer auf der Insel verkauft oder Verwandte haben, die die kostspielige Reise bezahlen können. Mit diesem aufblühenden Markt ist ein Netzwerk aus Fluglinien, Charter- und Reiseunternehmen entstanden, das von Einkaufszentren in Florida bis zu Flughäfen in Mittelamerika und der Karibik seine Fäden zieht. Das Wall Street Journal hat den Uhrwerk-Mechanismus dokumentiert, der diese Struktur zum Funktionieren bringt, mit einem durchschnittlichen Preis von 10.000 Dollar für jede Person, die dieser Route folgt.

Um daraus einen noch einzigartigeren Exodus zu machen, hat es nicht an Leuten gefehlt, die die kubanische Regierung beschuldigen, die Migration zu nutzen, um eine Änderung der US-Politik gegenüber der Insel zu erzwingen. „Diese Anschuldigung ist absurd, denn wir verlieren Humankapital, wir verlieren junge Menschen, wir verlieren Familienangehörige, Menschen, die bei uns sein könnten, um an unserer Seite für das Wohlergehen ihrer Familien und ihres Landes zu arbeiten“, erklärte Johana Tablada dazu, die stellvertretende Generaldirektorin für die USA im kubanischen Außenministerium.

Das Wort, das die Geschichte der kubanischen Migration in den USA zusammenfasst, war und bleibt weiterhin „Privileg“. Es hat jedoch einen hohen Preis, dies laut auszusprechen, selbst jetzt, da das Weiße Haus sich bewusst zu sein scheint, welche Kosten diese Migrationswelle mit sich bringt.

Die Akademikerin Susan Eckstein von der Boston University stellte ihr neuestes Buch unter dem Titel „Cuban Privilege: The Making of Immigrant Inequality in America“ vor, in dem sie aufzeigt, dass die Sondergesetze für kubanische Flüchtlinge „weder auslaufen noch sich ändern“, weil Washington diese im Zuge der Privilegierung zur Bestrafung des karibischen

Landes „vom Mittel der US-Außenpolitik des Kalten Krieges in eine politisch mächtige Kraft mit Einfluss auf die nationale Regierung verwandelt hat“.

Diese Wahrheit zu bestätigen brachte der mehrfach preisgekrönten Forscherin in Miami Verachtung, Drohungen und mediale Lynchjustiz ein. Sie wurde als „Hexe“ bezeichnet, und wenn die Ketzerei, ein Buch vorzulegen, zu nichts weiterem führte, dann deshalb, weil bei der Neuauflage der Salemer Hexenprozesse Menschen nicht mehr auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden dürfen. Aber es gibt ja auch noch andere Flammen.

Zur Autorin: Rosa Miriam Elizalde ist Journalistin und Vizepräsidentin der Union der Journalisten Kubas.

Übersetzung: Klaus E. Lehmann, amerika21

Titelbild: US-Botschaft in Havanna, shutterstock / EQRoy

Mehr zum Thema:

Stimmen aus Kuba: Kapitalismus, Unterentwicklung und das Ziel, beides zu überwinden

Stimmen aus Lateinamerika: Die neue Welt aus Sicht der USA

Adiós US-Dollar? Pläne für eine gemeinsame lateinamerikanische Leitwährung

Kuba im Sommer 2022